

***Der Deutsche Präventionstag fordert die Bereitstellung von
Fördermitteln für Kommunale Präventionszentren***

Wiebke Steffen

Aus: Erich Marks (Hrsg.):
Prävention & Integration
Ausgewählte Beiträge des 22. Deutschen Präventionstages
19. und 20. Juni 2017 in Hannover
Forum Verlag Godesberg GmbH 2018, Seite 53-56

978-3-942865-71-5 (Printausgabe)
978-3-942865-72-2 (eBook)

Wiebke Steffen

Der Deutsche Präventionstag fordert die Bereitstellung von Fördermitteln für Kommunale Präventionszentren

Vorbemerkung

Dr. Wiebke Steffen, die langjährige Gutachterin und wissenschaftliche Beraterin des Deutschen Präventionstages, ist am 22. Juli 2017 im Alter von 71 Jahren verstorben. Eine erste Würdigung Ihres wissenschaftlichen Lebenswerkes findet sich auf der Internetseite des Deutschen Präventionstages (<http://www.praeventionstag.de/nano.cms/personen/id/78>). Ihr Gutachten zum Jahreskongress 2017 in Hannover hat Frau Dr. Steffen aus gesundheitlichen Gründen nicht, wie geplant, fertigstellen können. Gleichwohl hat sie in der Eröffnungsveranstaltung des 22. Deutschen Präventionstages in einer Rede eine Zusammenfassung ihrer Recherchen vorgetragen. Dieser Redetext von Dr. Wiebke Steffen wird nachfolgend abgedruckt.

Erich Marks

Der 21. Deutsche Präventionstag hat vor dem Hintergrund der aktuellen Entwicklung der Zuwanderung nach Deutschland mit ca. 1 Million Schutzsuchender allein in den Jahren 2015/2016 in seiner Magdeburger Erklärung auf die möglichen und bereits tatsächlichen Beiträge hingewiesen, die Präventionsarbeit bei der Integration dieser Zuwanderer leisten kann.

Mit dem Ziel, diese Beiträge der Prävention für die Integration zu diskutieren, zu fragen, wie die bekannten und bewährten Leistungen der Prävention für die Integration genutzt werden können, hat der heutige, der 22. Deutsche Präventionstag, Prävention und Integration zu seinem Schwerpunktthema gemacht und ein entsprechendes Gutachten in Auftrag gegeben, dessen wesentliche Fragestellungen, Befunde und Forderungen ich Ihnen kurz darstellen möchte.

Dabei setzte ich an dem bekannten Ausspruch der Bundeskanzlerin vom 31. August 2015 an: „Wir schaffen das.“ – Allerdings ohne dabei stehen zu bleiben, sondern ich frage: Was ist zu schaffen? Welche Datenerkenntnisse liegen zu den Menschen vor, die vor allem seit 2015 in Deutschland Zuflucht gesucht haben? Was wissen wir über ihre Zahl, ihre soziale Zusammensetzung, ihre Lebenslagen, ihre Perspektiven, ihre Wünsche und Aspirationen?

Wen gilt es, wie zu integrieren? Und ich frage: Wie ist diese Aufgabe Integration zu schaffen? Was muss geleistet, gefördert und in jedem Fall auch überwunden werden?

Wie steht es um die Einstellungen und Reaktionen in der Aufnahmegesellschaft und der Politik gegenüber dieser Zuwanderung und den damit verbundenen Herausforderungen?

1) Zum ersten Punkt, zur ersten Frage: Was ist zu schaffen?

Da haben wir schon das erste Datenproblem, denn schon die genaue Zahl der Schutzsuchenden ist nicht bekannt. Ausgehen kann man für das Jahr 2015 von etwa 890.000 Asylsuchenden, 2016 etwa 280.000, also insgesamt knapp 1,2 Millionen Menschen, vor allem aus Syrien, Afghanistan und dem Irak. Die Gesamtschutzquote – und damit eine einigermaßen gute Bleibeperspektive – lag 2015 bei 50 % und 2016 bei 62 %. Auch zu den Lebenslagen, den individuellen und sozialen Voraussetzungen, den Wünschen und Aspirationen der Schutzsuchenden liegen bislang kaum belastbare Daten vor. Nach dem was wir wissen, sind die Geflüchteten sehr heterogen, überwiegend männlich, haben ein geringes durchschnittliches Alter, etwa 2/3 junge Männer unter 30 Jahren, darunter sehr viele unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. Sie haben eine hohe Bildungs- und Erwerbsaspiration und stellen damit ein erhebliches Potenzial für die Integration in das Bildungssystem und den Arbeitsmarkt dar; allerdings auch eine große Aufgabe und eine große Anstrengung, wenn dieses Potenzial zum Vorteil Aller genutzt werden soll.

Chancen dazu bestehen auch dadurch, dass die Zahl der geflüchteten Menschen seit einigen Monaten deutlich zurückgeht. Gleichwohl gilt es, über 1 Million Zuwanderer zu integrieren. Selbst, wenn wir davon ausgehen, dass so etwa 60 % der Flüchtlinge bleiben werden oder bleiben wollen, ist die Aufgabe „Integration“ enorm.

2) Wie ist diese Aufgabe zu schaffen?

Anders als noch vor einigen Jahren und Jahrzehnten – ich erinnere an die ausländerfeindlichen Stimmungen und Handlungen zu Beginn der 1990er Jahre gegen Asylbewerber und Spätaussiedler – ist die Grundstimmung in der Bevölkerung der deutschen Aufnahmegesellschaft diesmal sehr, für viele überraschend, positiv. Zwar ist die sogenannte Willkommenskultur, die sich unter anderem auch in einem sehr hohen freiwilligen Engagement ausdrückte und noch ausdrückt, inzwischen wohl eher einem Willkommensrealismus gewichen, aber das ist aus meiner Sicht durchaus eine positiv zu wertende Entwicklung.

Erstaunlich sind Willkommenskultur und Willkommensrealismus nicht nur in Anbetracht der bisherigen Einstellung in der Aufnahmegesellschaft gegenüber Migration und gegenüber Migranten, sondern auch wegen der großen, von Anfang an in der Bevölkerung bestehenden Unzufriedenheit mit der Politik. Die Ursache hatte und hat diese Unzufriedenheit in der, ich will mal sagen, unentschiedenen Politik, vor allem der Bundesregierung, ihrem Schwanken zwischen nicht zu vereinbarenden Bestrebungen, nämlich zwischen Integration und Abschottung.

Einerseits werden Versäumnisse in der Migrations- und Integrationspolitik der Vergangenheit eingestanden und sollen vermieden werden, andererseits ist die Asyl- und Flüchtlingspolitik durch ständige Verschärfungen gekennzeichnet, insbesondere auch, was die Bleibeperspektive der Geflüchteten angeht – eine der wesentlichen Voraussetzungen für ihre Integration. Statt dieses Herumlavierens der Politik gilt es schon längst eine der Herausforderung angemessene Bestandsaufnahme der künftigen Chancen und Risiken aus ökonomischer wie aus sozialer Sicht vorzulegen und ein tragfähiges Gesamtkonzept für die Zuwanderung nach Deutschland zu erarbeiten. Das auch vor dem Hintergrund des Wandels, der sich in den letzten 10–15 Jahren hinsichtlich der Einstellung zur Migration bei der Bevölkerung und in Grenzen – hier scheint die Bevölkerung weiter zu sein als die Politik – in Grenzen auch bei der Politik ergeben hat.

Wurde noch zumindest bis zur Jahrtausendwende die Meinung vertreten „Deutschland ist kein Einwanderungsland“, wird seit einigen Jahren die gesellschaftliche Realität der Migration wahrgenommen und anerkannt. Deutschland als Einwanderungsgesellschaft ist die neue Normalität, vor allem für die jüngere Generation. Damit hat sich auch das Verständnis von Integration geändert. Integration ist keine Einbahnstraße mehr, die lediglich Einwanderern Integrationsbemühungen abverlangt, sondern wird im Sinne der EU-Grundprinzipien von 2004 als ein dynamischer Prozess gegenseitigen Entgegenkommens von Eingewanderten und Einheimischen verstanden, ist individuelle Anstrengung wie Verpflichtung der Mehrheitsgesellschaft, Integrationsbarrieren abzubauen. Integration wird verstanden als Chancengleichheit bzw. als gleiche Teilhabechancen sowie als Angleichung von Lebenslagen von Menschen mit und ohne Migrationshintergrund.

Integration – darauf hat der Herr Ministerpräsident mehrfach hingewiesen – ist keine einfache Aufgabe. Aber, so der Migrationsforscher Klaus Jürgen Bade: „Wir könnten gelassen sein.“ Integration habe in Deutschland, mehr schlecht als recht, aber letztlich immer funktioniert. Integration ist keine administrative Maßnahme, sondern ein langwieriger Prozess, der sich auf dem Arbeitsmarkt, in der Zivilgesellschaft und in der politischen Werteordnung abspielt.

Dreh- und Angelpunkt dafür, dass die Integration von Flüchtlingen gelingen kann, sind – wie schon bei der Willkommenskultur – die Kommunen, denn das Zusammenleben der Menschen findet vor Ort in den Städten und Gemeinden statt. Und die Kommunen sind auch die Orte, wo präventive Strategien, Programme und Maßnahmen in erster Linie eingesetzt, erprobt und bewertet werden. Womit wir bei der Frage wären, welchen Beitrag die Prävention für die Integration der Schutzsuchenden leisten kann.

Da ist zunächst einmal ihr ganz grundsätzlicher Beitrag zu nennen, der sich daraus ergibt, dass Prävention auf Inklusion, auf soziale Teilhabe und Partizipation gerichtet ist, den öffentlichen Raum sichert, das Sicherheitsgefühl verbessert, sowie die ge-

sellschaftlich verbindlichen Normen und Werte verdeutlicht. Prävention schafft so eine Atmosphäre der Solidarität, der Zugehörigkeit und des sozialen Vertrauens, der Verlässlichkeit der gemeinsam geteilten Normen und Werte und nicht zuletzt des Vertrauens in die Institution des Staates. Zudem ist die Präventionsarbeit seit Jahrzehnten gesamtgesellschaftlich ressortübergreifend und interdisziplinär angelegt und kann so mit dem Ziel der Integration auf erprobte Strategien, Maßnahmen und Konzepte zurückgreifen. Dazu gehört auch die Erkenntnis, dass sich die Präventionsmaßnahmen nicht nur auf die Flüchtlinge beziehen dürfen, sondern auch, mindestens gleichermaßen auf die deutsche Aufnahmegesellschaft selbst.

Prävention mit dem Ziel der Integration muss auch an den Unsicherheiten, den Ängsten und Befürchtungen der Bevölkerung ansetzen, sie ernst nehmen und sie nicht gleich in die rechte Ecke drängen. Mit solchen Strategien und Konzepten der universellen Prävention, die über Kriminalprävention weit hinausgehen, hat die Präventionsarbeit langjährige und positive Erfahrungen. Bundesweit existiert eine Vielzahl von Projekten und Initiativen in den Kommunen, die dabei unterstützen, Vorurteile abzubauen, ein gesellschaftliches Miteinander herzustellen sowie den Flüchtlingen konkret zu helfen, etwa durch Spracherwerb, Arbeitsmarkt, Eingliederung, Bildung usw.

Prävention kann jedoch nicht nur grundsätzlich ihren Beitrag zur Integration leisten, sondern das auch noch besonders wirkungsvoll und nachhaltig, wenn sie selbst integriert erfolgt. Erlauben Sie mir deshalb zum Schluss meiner Ausführungen noch einmal die Forderung des Deutschen Präventionstages nach der Einrichtung ressortübergreifender Präventionszentren nachdrücklich zu wiederholen, die schon der 19. und der 21. Deutsche Präventionstag gestellt haben.

Um die Herausforderung der Integration der Flüchtlinge in unsere Gesellschaft zu bewältigen, müssen alle Akteure zusammenarbeiten und integrative Präventionsstrategien entwickeln. Hierzu sollten auf allen Ebenen – Kommunen, Bundesländer, Bund – ressortübergreifende Präventionszentren eingerichtet bzw. fortentwickelt werden, alle Präventionsbereiche, also zivilgesellschaftliche Einrichtungen, Jugendhilfe, Polizei und Justiz, bildungs- und sozialpolitische Einrichtungen, die Bereiche Public Health, Medien, Wirtschaft usw. könnten in diesen Präventionszentren zusammenarbeiten und die Grundlage für eine systematische, gesamtgesellschaftliche und insbesondere nachhaltige Präventionsstrategie und Präventionspolitik legen.

Vor dem Hintergrund der großen Aufgabe Integration fordert der Deutsche Präventionstag die Politik auf, entsprechende Fördermittel bereitzustellen, um insbesondere auf kommunaler Ebene solche Präventionszentren einrichten und erproben zu können.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

Inhalt

Vorwort des Herausgebers 7

I. Der 22. Deutsche Präventionstag im Überblick

Erich Marks, Karla Marks

Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 22. Deutschen Präventionstages 9

Erich Marks

Herzlich willkommen zur jährlichen Präventionsvermessung in präventions-
hungrigen Zeiten – Deutscher Präventionstag 2017 in Hannover 45

Wiebke Steffen

Der Deutsche Präventionstag fordert die Bereitstellung von Fördermitteln
für Kommunale Präventionszentren 53

Wielant Machleidt

Integration als Kulturelle Adoleszenz! Eine neue Perspektive auf Integration 57

Rainer Strobl, Merle Graupner, Olaf Lobermeier

Evaluation des 22. Deutschen Präventionstages am 19. und 20. Juni 2017
in Hannover 65

II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte

Philipp Basler, Helmut Heitmann, Thomas Martens, René Voigt

Integration junger Flüchtlinge. Das Projekt [ankommen] –
KiezSport mobil 115

Isabelle Brantl, Yvette Völschow, Margit Stein

Früh- und Zwangsehen: Implikationen für die europäische
Soziale Arbeit im Migrationskontext 125

Karin Bruckmüller

Schutz für Menschenhandelsopfer während der „Flüchtlingskrise“ 141

Kerstin Bunte, Shérif Korodowou

Interkulturelle Kompetenz – Grundlage für Gewaltprävention und
Integrationsförderung 155

<i>Michael Fichter Iff, Laura Elmiger</i> Zusammen sicher – Herausforderungen interkultureller Polizeiprävention mit Flüchtlingen	173
<i>Christian Grafl</i> Migration und Kriminalität in Österreich – Was wissen wir wirklich?	181
<i>Dieter Hermann</i> Die Integration von Migranten – ein brauchbares Präventionskonzept?	195
<i>Dieter Hermann, Christian Specht</i> Das Mannheimer Auditinstrument zur Förderung von Sicherheit und Lebensqualität – ein Konzept der rationalen Bewältigung von Herausforderungen	207
<i>Pushpa Islam</i> Frankfurter Modell gegen Extremismus	221
<i>Wulf Köpke</i> Innovative Formen polizeilicher Arbeit mit Migranten Das Hamburger Flüchtlingsprojekt „Vermittlung von Werten und Kriterien für sozialen und beruflichen Erfolg in Deutschland“	227
<i>Helmut Kury, Jördis Schüßler</i> Politische Forderungen im Rahmen einer „Flüchtlingspolitik“	237
<i>Andreas Mayer</i> Für ein gutes Zusammenleben – Herausforderungen der Zuwanderung für die Polizeiliche Kriminalprävention	255
<i>Grygorii Moshak</i> Beitrag des DPT zur internationalen Integration der Kriminalitätsprävention	263
<i>Hildegard Müller-Kohlenberg</i> Balu und Du – Welche Hilfen zur Integration bietet das Mentorenprogramm?	269
<i>Helmolt Rademacher</i> Interkulturelle Konflikte in der Einwanderungsgesellschaft	273
<i>Georg Ruhrmann</i> „Integration“ und (Des)Integration. Herausforderung für die politische Kommunikation	279

<i>Herbert Schubert</i> Sicherheitsaspekte der Unterbringung geflüchteter Menschen in Gemeinschaftsunterkünften	309
<i>Peter Sicking, Hartmut Denker</i> Lions-Quest „Zukunft in Vielfalt“ – Ein innovatives Fortbildungskonzept zur Vermittlung interkultureller Kompetenz.	323
<i>Stella Valentien</i> Bildungs- und Präventionsarbeit in Kindertageseinrichtungen mit Kindergarten <i>plus</i>	329
<i>Ulrich Wagner, Johannes Maaser</i> Integration als Prävention (religiös motivierter) extremistischer Gewalt	333
<i>Ohle Wrogemann</i> Traditionsgebundene muslimische Mädchen im Sportverein – Herausforderungen der Integration	339
<i>Eleonore Yassine-Sahyouni</i> Prävention ganzheitlich umsetzen – Hamburgs Konzept gegen religiös begründeten Extremismus und Muslimfeindlichkeit	351
III Autorinnen und Autoren	365